

Gedanken eines Neumitglieds

Kurz vor der Bundestagswahl habe ich mich zum Eintritt in die Partei *Die Linke* entschlossen. Und das, obwohl der Wahl-O-Mat hektische Ausschläge zeigte wie ein Geigerzähler vor den Atomruinen von Tschernobyl: Nur 57% Übereinstimmung des Wahlprogramms mit meinen politischen Grundüberzeugungen (soweit der Wahl-O-Mat sie korrekt abgefragt hatte, was aber vermutlich nicht der Fall ist).

Den Anstoß zu meinem Parteieintritt gab die Sozialpolitik auf kommunaler Ebene. In die hatte ich mich verschiedentlich eingemischt, nachdem ich in der Koalitionsvereinbarung 2016-2021 zwischen CDU und SPD keinerlei konkrete Anhaltspunkte gefunden hatte, wie man den Herausforderungen des demografischen Wandels und den Folgen von Sozialabbau und neoliberaler Deregulierung zu begegnen gedachte, und diverse Verlautbarungen aus der Pressestelle des Kreishauses darauf hindeuteten, dass offenkundige Versäumnisse durch Placebo-Politik und massive Desinformation der Öffentlichkeit verschleiert wurden. Offensichtlich ließen sich die Vogelsberger weitgehend widerspruchslos gefallen, was in den Nachbarkreisen zu heftigen Einsprüchen führen würde, um die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung an ihre Pflichten im Rahmen staatlicher Daseinsvorsorge zu erinnern. GroKo-Verhältnisse verstärken bekanntlich die geringe Neigung von Verwaltungen zur Eigendynamik und regen auch die politischen Akteure nicht gerade dazu an, Probleme als drängend zu empfinden und hierfür zeitnah zielführende Lösungen zu entwickeln.

Die zeitlupenartigen Bewegungen über den Abgründen drohender Katastrophen, das Vorantasten auf dem dünnen Eis unbewältigter Zukunftsaufgaben, verdrängter Konflikte und schön geredeter Fehlentwicklungen, die so typisch geworden sind für die postdemokratische Berliner Republik, erlebt man im Vogelsbergkreis, der sich seines vulkanischen Ursprungs rühmt, als „Tanz auf dem Vulkan“. „Gutes Leben mit Demenz“ wird da angepriesen. Und der Kreissenioresenbeirat, dessen Öffentlichkeitsarbeit sich der Landrat aus gutem Grund persönlich vorbehält, betont pflichtschuldigst, man habe doch alles, was man brauche. Doch in Wahrheit ist für nichts Vorsorge getroffen. Man beschwört lediglich [idealisierte Vorstellungen vom Landleben und guter Nachbarschaft](#). Notfalls soll eine [„bürgerschaftliche Infrastruktur“](#) mittels „Gemeinschaftlichkeit“ die weniger ausgebaute öffentliche und kommerzielle Infrastruktur entlegener ländlicher Regionen (zumindest teilweise) kompensieren.

„Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung, z.B. durch die Zunahme der Altersarmut, wird das Ehrenamt in Zukunft sicherlich an Bedeutung gewinnen“, lese ich da auf einer [Seite der Linken-Fraktion in Aachen](#). [...] „Auf der anderen Seite muss jedoch eines klar sein: Das Ehrenamt darf die staatliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe der Menschen nicht ersetzen. Es braucht einen umfangreichen und aktiven Sozialstaat, der den Bürgerinnen und Bürgern soziale Sicherheit und Hilfen in Notlagen garantiert. Diese Aufgaben dürfen nicht auf das Ehrenamt abgeschoben werden, weil sich der Staat aus seiner sozialen Verantwortung immer mehr zurückzieht.“ Richtiger Standpunkt.

In dem [Wahlprüfstein DIE LINKE](#) zum Thema Sozialpolitik, Familie, Gesundheit, Pflege, Behindertenpolitik, Kinder und Jugend, ehrenamtliches Engagement findet sich folgende Antwort auf die Frage: „Was werden Sie politisch (und bundesgesetzlich geregelt) tun, um das Miteinander der Generationen auch zukünftig friedlich zu gewährleisten?“

„Die Konfliktlinie läuft nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Oben und Unten. Deshalb streitet DIE LINKE für mehr Solidarität in der Gesellschaft. Wir sind überzeugt, dass die demographische Entwicklung politisch gestaltet und ihre Folgen solidarisch bewältigt werden können. Dazu muss sich die Lebens- und Verteilungsweise der Gesellschaft grundsätzlich ändern. Unser Ziel ist, dass alle

Generationen gleichermaßen eine Perspektive haben. Deshalb muss der gesellschaftliche Reichtum neu verteilt werden.“ Sehe ich genauso. Wie sagte Heiner Geisler doch so schön: „Geld ist da wie Dreck. Es haben nur die falschen Leute!“

Und noch eine wichtige Frage als Wahlprüfstein:

„Im Pflegeweiterentwicklungsgesetz § 45 d SGB XI sind erste Signale für eine Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements ersichtlich. Ist ein finanzieller Ausbau dieser Angebote angedacht? Ist das ein Signal für die anderen Felder sozialer Arbeit?“

Und eine richtige Antwort:

„Angesichts der Änderungen auf dem Arbeitsmarkt und der stärkeren beruflichen Integration der Frau kann die Pflege auf lange Sicht nicht durch Familienangehörige oder ehrenamtliches Engagement aufgefangen werden. Es ist daher auch eine Professionalisierung der Pflege einzuleiten, die zusätzliche reguläre Arbeitsplätze schafft.“

Auch das überzeugt mich:

„Derzeit verhindert die Pflegeversicherung als Teilkasko-Versicherung selbstbestimmt zu leben. Damit eine Neuausrichtung hin zu einer Pflege/Assistenz gelingt, die Teilhabe ermöglicht, muss die Pflegeabsicherung besser finanziert werden – durch eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Zudem ist eine angemessene Bezahlung der Pflege- und Assistenzkräfte für uns unverzichtbar.“

Aber was macht man so lange, bis solche Forderungen endlich umgesetzt sind (was sehr lange dauern kann)? Da gefällt mir ein [Statement der Linken zur Kommunalwahl 2016](#) ausgesprochen gut:

"Wir sind die Kümmerer-Partei, die Partei des Alltags und der sozialen Gerechtigkeit".

Der Kreistag habe auf Initiative der Linken einen [Online-Sozialatlas](#) erstellt, erfahre ich auf der Seite des Kreisverbands. Gut so. Allerdings käme es jetzt darauf an, einmal kritisch zu hinterfragen, ob die Einrichtungen und Beratungsangebote, die dieser Sozialatlas auflistet, zur flächendeckenden Versorgung des Vogelsbergkreises wirklich ausreichen – aus meiner Sicht eine eher rhetorische Frage – und ob hier nicht durch Missbrauch des ehrenamtlichen Engagements oder durch Schwindeletiketten und geschönte Darstellungen eine blühende Versorgungslandschaft vorgetäuscht wird, die einer sorgfältigen Nachprüfung kaum standhält.

Eine zentrale Aufgabe von Ehrenamtlichen besteht darin, massiv darauf hinzuweisen, wenn die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung mit des Kaisers neuen Kleidern in potemkinschen Dörfern herumstolzieren, Zukunftsaufgaben aus Unkenntnis versäumt und notwendige Maßnahmen aus Bequemlichkeit verschlafen werden.

Und weil das eine zutiefst politische Angelegenheit ist, bin ich Mitglied in der Partei *Die Linke* geworden.

Ulrich Lange
Ulrichstein

